



SkF Langenfeld
ARBEIT+INTEGRATION gGmbH



**SkF Arbeit
und Integration
Ratingen**
gemeinnützige GmbH



ALARMSTIMMUNG bei den katholischen Fachverbänden der Beschäftigungsförderung im Kreis Mettmann!

Wie jetzt bekannt wurde, sind in den Haushaltsumschichtungen – sowohl für das Jahr 2024 als auch für 2025 – weitere Einsparungen im Bundeshaushalt für das SGB II in Höhe von insgesamt 1,4 Milliarden Euro geplant, was sich direkt auf die einzelnen Jobcenter vor Ort massiv auswirken wird.

Das Ziel der Bürgergeldreform war und ist es, mehr Beratung, Qualifizierung und Beschäftigung im Sinne eines sozialen Arbeitsmarktes zu ermöglichen. Die Mittel in den Jobcentern hierfür sind jedoch schon jetzt nicht ausreichend.

Die katholischen Träger der Beschäftigungsförderung im Kreis Mettmann, sprechen sich ausdrücklich GEGEN die geplanten Kürzungen aus! Diese Haushaltspolitik hätte drastische Auswirkungen und gefährdet funktionierende und etablierte Strukturen im Kreis Mettmann.

Bei einer steigenden Arbeitslosenquote von momentan 6,3% und einem Anstieg der Bedarfsgemeinschaften auf 7,9% im Kreis Mettmann, wären mehr Mittel erforderlich, statt Kürzungen vorzunehmen, da auch die Unterstützungsbedarfe der einzelnen Leistungsbeziehenden deutlich gestiegen sind.

In den vergangenen Jahren erfolgten bereits massive Einsparungen, die den Wandel und vor allem die weitreichend greifenden Teuerungen ignorierten. Allein in den letzten fünf Jahren wurden an die 100 niedrigschwellige Arbeitsplätze im Bereich der Arbeitsgelegenheitsmaßnahmen gem. §16 d SGB II weggestrichen. In diesem Jahr

bedeutete das für die Träger in der Beschäftigungsförderung kreisweit eine Reduzierung von 18%.

Dieses Weniger an Plätzen bedeutet auch ein Weniger an beruflicher und sozialer Teilhabe für die betroffene Personengruppe der Langzeitarbeitslosen. Ein Weniger an sinnstiftender Tätigkeit, die auch gerade im Bereich Sozialkaufhaus, Radstationen, Kita-Einrichtungen und Altenheimen allen zugutekommen. Überbrückungen von beschäftigungslosen Phasen, Aufbau und vor allem Erhalt einer geregelten Tagesstruktur und der notwendige niedrigschwellige Zugang zu Beratung und pädagogischer Betreuung fallen somit weg, was neue Problemlagen und die Verfestigung der Arbeits- und Perspektivlosigkeit zementiert.

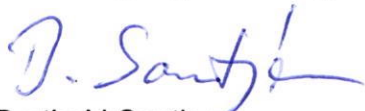
Bereits jetzt sind die erst 2019 eingeführten Instrumente zur Teilhabe am Arbeitsmarkt nicht mehr vollumfänglich umsetz- und einsetzbar, da nicht genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Die bei der Einführung angestrebte Entfaltungsmöglichkeit des Teilhabe-Chancen-Gesetzes wird damit konterkariert. Es braucht - auch hier - ein Mehr an dauerhaft öffentlich geförderter Beschäftigung für benachteiligte Arbeitslose, um wirklich Inklusion zu erreichen. Insbesondere in Zeiten, in denen neben dem Mangel an Fachkräften auch zunehmend ein akuter Mangel an Arbeitskräften besteht.

Die Kürzungen gefährden aber nicht nur die (Re-)Integration von Langzeitarbeitslosen, sondern auch die Infrastruktur der Träger der Beschäftigungsförderung! Die finanziellen Rahmenbedingungen stellen bereits jetzt für Soziale Betriebe eine immense Belastung und Herausforderung dar und können nur mit großer Mühe aufrechterhalten werden. Es fehlt an Sockelfinanzierung für Einrichtungen wie Sozialkaufhäuser oder beispielsweise Radstationen. Fallen diese Einrichtungen weg, sind nicht nur die Arbeitsplätze unserer hauptamtlichen Mitarbeiter*innen massiv gefährdet. Die Auswirkungen würden auch dazu führen, dass wir einen Teil der Daseinsfürsorge für alle Bürger*innen der kreisangehörigen Städte z.B. im Bereich kostengünstiger und nachhaltiger Einkauf nicht mehr sicherstellen können.

Abschließend möchten wir noch kurz Stellung beziehen zu den Plänen der Bundesregierung, die Zuständigkeiten für die Gruppe der U25-Jährigen von den Jobcentern weg, hin zu den Arbeitsagenturen, zu verlegen: Grundsätzlich begrüßen wir die Stärkung der Jugendberatung. Gleichzeitig fragen wir uns jedoch, welche Auswirkungen die geplanten Veränderungen z.B. auf die Arbeit der Jugendberufsagenturen haben werden. Deren Struktur, die erst in den letzten Jahren aufgebaut wurde und sich mittlerweile etabliert hat, darf aus unserer Sicht nicht gefährdet werden. Zudem sprechen wir uns ausdrücklich dagegen aus, die bisher bewährten Maßnahmen zur beruflichen Förderung der jungen Menschen zu reduzieren bzw. aufzugeben.

Die katholischen Fachverbände der Beschäftigungsförderung im Kreis Mettmann plädieren nachdrücklich dafür, Abstand von den haushaltspolitischen Einsparungsvorhaben zu nehmen und stattdessen die Chancen der Sozialreform zu nutzen!

Die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der katholischen Fachverbände der Beschäftigungsförderung im Kreis Mettmann, 29.08.2023:



Berthold Santjer
SKFM Erkrath e.V.



Stephanie Krone
SkF Langenfeld
ARBEIT+INTEGRATION gGmbH



Lilo Löffler
SKFM Mettmann e.V.



Caspar Offermann
SKFM Monheim am Rhein e.V.



Katrin Richter
SkF Arbeit und Integration
Ratingen gGmbH



Willi Knust
SKFM Velbert/ Heiligenhaus